

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 14 (1987)
Heft: 3

Artikel: Landwirtschaft im Kreuzfeuer : was soll ein Bauer kosten?
Autor: Müller, Erwin R.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

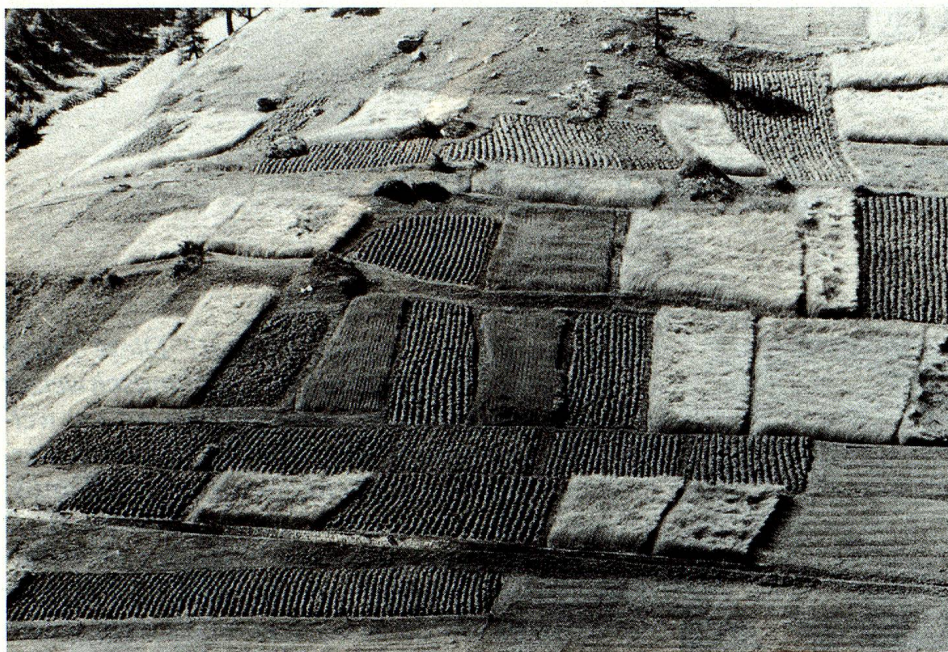
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Bergbauern bewirtschaften ihre Felder unter erschwerten Bedingungen. Unser Bild: Bei Ulrichen im Goms (VS).

Landwirtschaft im Kreuzfeuer

Was soll ein Bauer kosten?

Dem Durchschnitt unserer Bauern geht es gut, der Mehrheit (relativ) schlecht. So lautet ein Fazit von Erwin R. Müller, Redaktor des Wirtschaftsmagazins «Politik und Wirtschaft», der im vorliegenden Beitrag erklärt, was es mit Stichworten wie Milchschwemme, Butterberg, unzufriedenen Bauern und Tierfabriken auf sich hat.

Die Schweizer Bauern hatten sich in der Nachkriegszeit – vor allem im Vergleich zu ihren ausländischen Kollegen – selten über mangelndes Verständnis in der Bevölkerung zu beklagen. Um so herber war dann letztes Jahr im September die Enttäuschung, als die Stimmbürger erstmals wieder seit über 30 Jahren eine landwirtschaftliche Vorlage ablehnten. Kommentatoren aus allen Lagern waren sich einig: Die wuchtigen 61 Prozent Nein-Stimmen zum Zuckerbeschluss galten nicht dem Anbau von ein paar zusätzlichen Tonnen Zuckerrüben, sondern waren Ausdruck des aufgetauten Missmuts gegenüber der offiziellen Landwirtschaftspolitik.

Man war indessen schon vorgewarnt, beispielsweise durch das Aufsehen, das eine Äusserung von Ex-Nationalbankpräsident Fritz Leutwiler verursacht hatte: Leutwiler rechnete vor, dass der Schutz der Schweizer

Landwirtschaft indirekt jährlich fünf Milliarden Franken kostet. Soviel könnte man tatsächlich einsparen, wenn die Schweiz auf eine eigene Landwirtschaft komplett verzichten und alle Lebensmittel zu Weltmarktpreisen importieren würde.

In eine solche Auslandabhängigkeit bei der Ernährung will sich allerdings niemand im Ernst begeben. Doch sind auch die Gelder, die direkt in die Landwirtschaft fliessen – in Form von Subventionen (treffen den Steuerzahler) und Preiszuschlägen (treffen den Konsumenten) – noch hoch genug, etwa 2,5 Milliarden Franken.

Unmut verursacht nun vor allem, dass ein Grossteil dieses Geldes durch die landwirtschaftliche Überproduktion aufgefressen wird. Allein die «Verwertung» der überschüssigen Milch, d.h. der Verkauf und Export (als Käse) unter dem Gestehungspreis, kostet jährlich fast eine Milliarde Franken.

«Paritätslohn» wird nicht erreicht

Unmut herrscht aber genauso auf seiten der Bauern. Im Landwirtschaftsgesetz von 1951 ist verbriefte, dass die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse guter Qualität die mittleren Produktionskosten rationell geführter Betriebe decken sollen. Zur Berechnung dieser Produktionskosten wird das Lohnniveau von Facharbeitern in der Industrie eingesetzt.

Daraus ergibt sich, dass der Bauer 1986 einen «paritätischen Lohnanspruch» von 162 Franken pro Arbeitstag gehabt hätte. Tatsächlich haben aber die Landwirte im Talgebiet nur 128 Franken und die Bergbauern gar nur 84 Franken pro Arbeitstag verdient. Die Schweizer Bauern haben somit, wie der Bauernverband schätzt, etwa 500 Millionen Franken zu wenig verdient. Im Jahr 1987 wird das Einkommensmanko bestimmt nicht geringer ausfallen. Der Bundesrat kann indessen nicht, wie es das Gesetz vorsieht, die Preise anheben. Denn höhere Preise (erforderlich wären mindestens 20 Prozent) sind auf dem Markt nicht mehr realisierbar. Die Überschüsse würden noch grösser und noch teurer.

In dieses Dilemma ist man geraten, weil bis in die jüngste Zeit als unverrückbares Dogma der schweizerischen Agrarpolitik galt: Die Bauern sollen grundsätzlich ihr Einkommen aus dem Verkauf ihrer Produkte erzielen, also über kostendeckende Preise. Gleichzeitig sollte die Preisentwicklung aber auch den Markt steuern. Bei praktisch garantierten Preisen produzierten die Bauern natürlich so viel wie möglich. So wuchs die Produktion immer mehr, dank besserer Schulung, dank dem wissenschaftlichen Fortschritt in der Züchtung von ertragreicheren Pflanzen und leistungsfähigeren Tieren, dank modernen Maschinen, Pflanzenschutzmitteln und Kunstdüngern.

Wohin mit den Überschüssen?

Die Agrarlenker versuchten das Überschussproblem durch administrative Mengenbeschränkungen zu lösen: 1977 wurde die Milchkontingentierung eingeführt und seither laufend verschärft. In der Folge produzierten aber die Bauern mehr Fleisch, bis auch hier der Markt die angelieferten Mengen nicht mehr schluckte. Eine Stallbaubewilligungspflicht, später gar ein Stallbauverbot, eine Begrenzung der Höchsttierbestände, die Ausbezahlung von über 100 Millionen Franken «Stilllegungsprämien» für



Grossproduzenten, die so zum freiwilligen Verzicht animiert wurden – all dies sollte den Fleiss der Bauern bremsen. Es half wenig.

Auch innerhalb des Bauernstandes erwuchs dieser Politik Opposition. Bei so vielen Einschränkungen und Vorschriften ist der Bauer kein freier Unternehmer mehr. Seit die Preise nicht mehr an die Produktionskostenentwicklung angepasst werden können, reichen sie nicht mehr zur Sicherung des Einkommens. Zudem mussten kleine und mittlere Bauern feststellen, dass ihnen Preiserhöhungen ohnehin nicht helfen können.

Als Massstab für die Einkommenspolitik gilt nämlich der «Durchschnittsbauer». Die durchschnittliche Betriebsfläche jener 3200 Bauernbetriebe, die mit ihrer Buchhaltung die Grundlage für die Paritätslohnberechnung und damit für die Preisgestaltung liefern, liegt bei über 18 Hektaren.

Aber der Durchschnitt ist nicht die Mehrheit: Drei Viertel aller hauptberuflichen Bauern bewirtschaften weniger als 18 Hektaren, fast jeder dritte sogar weniger als 10 Hektaren. Lineare Preiserhöhungen dienen deshalb vorab den grossen, die viel produzieren und deren Produktionskosten oft ohnehin schon gedeckt sind. Drei Viertel der Bauern aber verdienen nach der Preiserhöhung relativ schlechter als im Vorjahr. Nach wie vor müssen immer noch an die 2000 Landwirte jährlich ihr Gewerbe wegen ungenügendem Einkommen aufgeben. Und das sind keineswegs nur die Untüchtigen.

Diese Agrarpolitik ist Ausfluss der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit. Man verlangte, dass auf dem Landwirtschaftsbetrieb die Arbeitsproduktivität im selben Mass gesteigert werde wie im Industrie- und Dienstleistungssektor. Als Argument dient oft, dass im Ausland die Bauern viel billiger und rationeller produzieren. Aber in der Schweiz sind die natürlichen Produktionsbedingungen (Klima und Topographie) ungünstiger, und der Boden und die Arbeitskräfte sind knapper und teurer als in anderen Ländern.

Trotzdem sind die Nahrungsmittel heute im Verhältnis zur Kaufkraft der Konsumenten viel billiger als vor 40 Jahren: Ein Ei kostet noch praktisch gleichviel wie damals. Der Bauer erhielt 1947 für ein Kilo Schweinefleisch 3.86 Franken – im Januar 1987 4.00 Franken. Der Arbeiter musste für den Ladenverkaufspreis vor 40 Jahren drei Stunden arbeiten, heute verdient er ihn in weniger als einer Stunde.

Genau gegenteilig entwickelte sich die Kaufkraft der Bauernarbeit: Um 1947 ein Kilo Kaffee zu kaufen, musste der Landwirt 5,8

Kilo Weizen oder 9,5 Liter Milch verkaufen; heute kostet es ihn 11 Kilo Weizen oder 14 Liter Milch.

Der Landwirt zahlt auch immer mehr für seine Produktionsmittel, für Maschinen, Traktoren, für Treibstoff, Saatgut, Dünger, Pflanzenschutzmittel, Versicherungen, Um- oder Neubauten und für Angestelltenlöhne, aber relativ dazu erhält er für seine Produkte immer schlechtere Preise: Die Produktionsmittel kosten heute 3,8mal mehr als vor 40 Jahren – für die Produkte seiner Arbeit löst er aber nur zweimal mehr.

Ausweg: Immer mehr

Wer die wachsende Differenz in dieser Preis-Kosten-Schere ausgleichen, wer sein Einkommen halten, wer es gar noch wie die übrige Bevölkerung verbessern wollte, der hatte als Landwirt nur einen Weg zum Überleben: Rationalisieren, mechanisieren, spezialisieren, konzentrieren, intensivieren, mehr und billiger produzieren – aus Boden und Tieren alles herausholen, was sie unter Einsatz von mehr Maschinen, mehr Kapital, mehr Schulden, mehr zugekauften Futtermitteln, mehr Dünger und mehr Chemie hergeben. Genau das aber wird heute den Bauern und der diese Zwänge verursachenden Landwirtschaftspolitik zum Vorwurf gemacht.

Die moderne, intensive Landwirtschaft hat zu Auswüchsen in der Tierhaltung, insbesondere bei den Schweinen und Hühnern, geführt. Es gibt heute Bauern, die mit keinem oder sehr wenig eigenem Land einen

durchrationalisierten Grossbetrieb führen. Das Futter für die Tiere kaufen sie hinzu. Zum Grossteil ist dieses importiert. Neben dem tierschützerischen Aspekt stellen die Kritiker auch die Frage, wieso solche «Tierfabrikanten» vom schweizerischen Agrarschutz profitieren sollen. Im Krisenfall, bei geschlossenen Grenzen, könnten sie gar nicht zur Ernährung der Bevölkerung beitragen.

Umweltschäden

Die intensive Düngung und der Einsatz von Schädlings- und Unkrautvertilgungsmitteln hat zu einer auffälligen Verarmung der Natur geführt. Der Naturschutzbund führt eine lange Liste von bereits ausgerotteten und gefährdeten Pflanzen und Tieren. Ihr Lebensraum wird zerstört – allerdings nicht nur durch die Landwirtschaft, weil sie nicht zur Kategorie der «Nutzpflanzen» und «Nutztiere» gehören.

Lebensmittelkontrolleure und Konsumenten klagen über Rückstände von Tierarzneimitteln im Fleisch, von giftigen Pflanzenschutzmitteln im Gemüse und im Obst und über zu hohe Nitratgehalte im Trinkwasser. Die biologisch wirtschaftenden Bauern geniessen im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden ein immer besseres Ansehen in der Bevölkerung. Ihre Produkte kennen keine Überschuss- und Absatzprobleme, obwohl sie teurer sind.

Und schliesslich kommt die Landwirtschaftspolitik von einer weiteren Seite unter Beschuss: Die Schweiz ist ein Exportland. Ihre Industrie ist auf freie Waren- und Handelsströme angewiesen. Entwicklungsländer, in die sie Maschinen exportieren will, können die notwendigen Devisen oft nur mit Agrarprodukten verdienen. In der Schweiz treffen die Entwicklungsländer auf geschlossene Grenzen (ausgenommen bei Produkten, die hier aus klimatischen Gründen nicht wachsen). Wie kaum ein anderes Land hat die Schweiz einen Schutzwall zugunsten der eigenen Landwirtschaft errichtet. Im Zoll- und Handelsabkommen GATT beansprucht sie für sich zahlreiche Ausnahmeregelungen. Diesen Agrarprotektionismus, der die Exportwirtschaft behindert, hat Fritz Leutwiler kritisiert. Er ist heute Verwaltungsratspräsident bei Brown Boveri in Baden.

Sein Standpunkt trifft sich wiederum mit den Interessen der Grossverteiler und Konsumentenvertreter. Mit dem Argument «Wir wollen uns den Speisezettel nicht vorschreiben lassen» kritisieren sie den Agrarschutz. Es stört beispielsweise, dass ausländische Käsespezialitäten an der Grenze verteuert werden, dass der Weinimport kon-



Mittellandbauern beim Pflügen. (Fotos: Peter Studer; SVZ).



tingentiert ist und neuerdings, dass der Bauernverband nun auch zusätzliche Importhemmnisse für Wild, Geflügel und Fische verlangt, damit das einheimische Fleisch besser abgesetzt werden kann.

Rezepte für eine bessere Landwirtschaftspolitik gibt es mindestens ebenso viele wie Kritiken, und sie widersprechen sich auch ebenso sehr. Der Bundesrat hat in seinem umfangreichen, 1984 publizierten, sechsten Landwirtschaftsbericht seine Politik als gelungen und erfolgreich geschildert. Mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft erinnert er daran, dass die Probleme nirgends kleiner sind als in der Schweiz. Grundsätzlich wolle er deshalb seine Landwirtschaftspolitik nicht ändern.

Unterdessen sind aber Entwicklungen eingetreten, die in Bern wie in Brugg (am Sitz des Bauernverbandes) ein Umdenken eingeleitet haben. Zwei Jahre hintereinander konnten nun die Bauern keine neuen Preisbegehren bei den Hauptprodukten Milch und Fleisch stellen. Die Überschusssituation machte sie zum vornherein chancenlos. Da Preiserhöhungen wie auch Produktionsausweitungen, auch auf weitere Sicht, nicht mehr

möglich sind, muss nun die Einkommenssicherung auf einem anderen Weg gesucht werden.

Mit Direktzahlungen aus dem Dilemma?

Bisher hat sich der Bauernverband (unter dem Einfluss der Grossbauern, die von der hergebrachten Preis-Einkommenspolitik profitieren) strikt gegen die Einführung von sogenannten Direktzahlungen gewehrt. Subventionen, die der Briefträger überbringt und die nicht abhängig von einer Produktionsleistung des Bauern sind, kämen einem Almosen gleich.

Direkte Einkommenszahlungen gibt es aber bereits für die Berglandwirtschaft in Form von Bewirtschaftungs- und Tierhalterbeiträgen, und sie werden dort nicht als Almosen empfunden, sondern als gerechtfertigte Bezahlung einer Leistung: Die Bergbauern kultivieren die Landschaft, bewahren sie vor der Vergandung, und sie erhalten unter sehr erschwerten Verhältnissen die Produktionsbereitschaft für den Krisenfall.

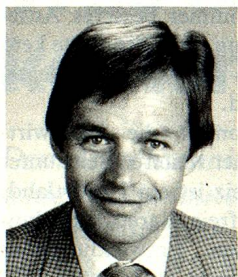
Nun hat der Bauernverband in diesem Frühjahr erstmals die Einführung von Direktzahlungen auch für die Bauern im Talgebiet

gefordert. Er hat damit eine Wende in seiner Politik vollzogen, die in nichtbäuerlichen Kreisen schon lange empfohlen wird. Man verspricht sich davon, dass der Preis wieder seine Funktion der Produktionslenkung übernehmen kann, dass also die Überschüsse abgebaut werden.

Sind die Bauern durch direkte Einkommenszahlungen vom Produktionsdruck befreit, so lautet die Hoffnung, werden sie nicht nur weniger, sondern auch weniger intensiv produzieren. Das könnte dann mehr Importe von landwirtschaftlichen Produkten ermöglichen, der Industrie bessere Exportchancen eröffnen sowie Umwelt, Natur und Nahrungsmittel von den Spuren der agrochemischen Hilfsstoffe entlasten.

Der Bundesrat, der wie der Bauernverband bisher direkte Zahlungen ablehnte, scheint allerdings von all diesen segensreichen Wirkungen noch nicht überzeugt. Er stellt zwar ab 1988 einstweilen 90 Millionen Franken jährlich in Aussicht, bis Ende dieses Jahres soll aber noch eine 21köpfige Expertenkommission die Auswirkungen von Direktzahlungen und deren rechtliche Ausgestaltung abklären.

E. R. Müller



Melchior Ehrler

Die Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik fällt zusammen mit einem Wechsel an der Spitze des Schweizerischen Bauernverbandes: Am 1. Juli dieses Jahres trat der 39jährige Melchior Ehrler die Nachfolge von René Juri als Direktor des Bauernverbandes in Brugg an.

Für einen Bauernführer wirkt Ehrler eher untypisch. Er kommt nicht aus einer gut bestellten Grossbauernfamilie; sein Vater hatte einen kleinen Pachtbetrieb in der Bergzone II in Ibach. Ehrler ist auch nicht ein studierter Agronom; er hat am Kollegium Schwyz eine Griechisch-/Latein-Matur gemacht und anschliessend im belgischen Löwen Philosophie studiert. In Zürich erwarb er danach sein zweites Lizentiat in Jurisprudenz.

Ehrler zitiert Sokrates (nicht an Bauernversammlungen), er hat sich mit Logik und mit der Erkenntnistheorie Poppers beschäftigt, er ist fasziniert von der Sprachphilosophie

Wittgensteins, von der Freudschen Psychoanalyse und ist angetan von Kant, Kierkegaard und Sartre. Das führe ihn, meint Ehrler, automatisch zu anderen Haltungen in der Agrarpolitik. Als philosophisch Gebildeter hat er aber nicht die Meinung, er «müsse in der Agrarpolitik letzte Wahrheiten verkaufen».

So ergibt sich nun die paradoxe Situation, dass Tausende von Experten das Patentrezept für die Landwirtschaftspolitik haben und in der Position des Bauernbosses in Brugg genau wüssten, was zu tun wäre, während ausgerechnet der neue Bauernboss eingesteht, kein Patentrezept zur Lösung aller Probleme zu haben.

Als «schneller Brüter» mit einer raschen Auffassungsgabe, mit offener Haltung und breitem Horizont fühlt er sich seiner Hauptaufgabe jedoch gewachsen: Als Interessenvertreter von 120 000 Schweizer Bauern muss er Einzel-, Gruppen- und Verbandsinteressen transparent machen, zu einem gemeinsamen Interesse bündeln und dann die Beteiligten in eine einheitliche Marschformation integrieren.

Dabei wird Melchior Ehrler zustatten kommen, dass er als Schüler frühmorgens im Stall ausmistete und bei Heuwetter mit der Gabel an steilen Bördern kletterte: «Heute erschrecke ich nicht gleich, wenn es Arbeit gibt.»

E.M.



Sie wünschen Ihren Lebensabend angenehm einzurichten ...

Wir bieten Ihnen:

- einen Hotel service in privaten Wohnungen, in Studios oder in Zimmern
- Hilfe im Haushalt
- einen Krankenpflegedienst und ärztliche Betreuung
- tägliche Freizeitbeschäftigung
- einen geschützten Garten im Herzen der Thermalstadt Yverdon-les-Bains

Bei solchen Bedingungen verwirklichen Sie Ihre Freude am Leben.

Auskunft und Dokumentation:

Stiftung der

“Residence des Jardins de la Plaine”

Avenue Haldimand 14

Frau Renée Guisan

CH - 1400 Yverdon-les-Bains

Tel: 024 / 212 912